

Ich stelle fest, dass Kollege Gemperli eine dringliche Interpellation zum Thema grenzüberschreitender Gewerbeverkehr in der Ostschweiz plant. Ich habe diesen Vorstoss mit unterschrieben, in der Meinung, dass das tatsächlich Themen sind, die unter den Nägeln brennen. Darum meine ich, dass wir – nicht gegen den Bundesrat, sondern mit dem Bundesrat zusammen – gleichzeitig prüfen und handeln müssen. Wir sind in diesem Bereich gefordert, und darum halte ich an der Motion fest.

Ich bitte Sie, diese Motion erheblich zu erklären.

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung der Motion	24 Stimmen
Dagegen	1 Stimme

92.050

Arbeitsfreier Bundesfeiertag (1.-August-Initiative).

Volksinitiative

Jour de la fête nationale férié (initiative du 1er août).

Initiative populaire

Botschaft und Beschlussentwurf vom 20. Mai 1992 (BBI III 889)
 Message et projet d'arrêté du 20 mai 1992 (FF III 861)

Beschluss des Nationalrates vom 3. März 1993
 Décision du Conseil national du 3 mars 1993

Plattner, Berichterstatter: Die Kommission ist dieser Vorlage mit «extremem Lethargie» begegnet, wie es ein Kommissionsmitglied ausgedrückt hat. Sie können das Ausmass der mangelnden Begeisterung daraus ersehen, dass wir – nach nicht sehr ausgiebiger, aber durchaus ernsthafter Diskussion und nach dem obligatorischen Eintreten – dem Entwurf des Bundesrates und dem Beschluss des Nationalrates mit 6 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen, d. h. bei vollständiger Präsenz, zugestimmt haben.

Es geht um die Stellungnahme zur Volksinitiative für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag, zur sogenannten 1.-August-Initiative. Ich nehme an, Sie haben die Vorlage gelesen, soweit Sie daran interessiert waren. Wir sind Zweitrat. Der Nationalrat hat dem Beschlussentwurf schon in der Frühjahrsession mit 62 zu 2 Stimmen zugestimmt. Wie Sie sehen, war auch er nicht gerade von Begeisterung und Engagement überwältigt.

Die Initiative verlangt, dass der 1. August ein arbeitsfreier Tag werden soll, und wird mit vagen Hoffnungen begründet, dass durch diese Tatsache das nationale Bewusstsein und der nationale Zusammenhalt der Schweiz gestärkt werden.

Nach einem Einführungsreferat durch Vertreter des Bundesamtes für Kultur – interessanterweise, und deshalb auch die Präsenz von Frau Bundesrätin Dreifuss – hat die Diskussion in der Kommission gezeigt, dass die Zweifel an der erhofften Verinnerlichung der Bundesfeier sehr gross sind.

Nach Meinung der Kommission zeigt ja schon die Begleitung der Volksinitiative durch eine parlamentarische Initiative (89.227, parlamentarische Initiative Ruf, «1. August. Arbeitsfreier Bundesfeiertag»), dass in diesem Vorstoss neben dem eigentlichen Initiativzweck – um es etwas böse zu sagen – auch der unüberhörbare «Ruf» nach Anerkennung und öffentlicher Wahrnehmung der Initianten mitschwingt. Wie dem auch sei, die Ueberzeugung kam zum Ausdruck, dass der zusätzliche arbeitsfreie Tag im Vordergrund stehen werde, dass dieser arbeitsfreie Tag in Verbindung mit dem heute üblichen «Feiertagsbrückenbau» wenn immer möglich zu verlängerten Wochenenden führen wird, dass also aus diesen Gründen die Gefahr von weniger Auseinandersetzung mit den wesentlichen Elementen unseres Staates durchaus grösser sei als die Chance für vermehrte Auseinandersetzung damit. Das ein-

zige, worin sich die Kommission einig war, ist, dass diese Initiative zu erhöhtem Reiseverkehr über den 1. August führen wird, abgesehen davon, dass auf diese Art eine stille Arbeitszeitverkürzung um einen Tag erreicht wird und dass eine gewisse Lohnarbeitsverteuerung zustande kommt. Aber diese eher materiellen Seiten haben keine grosse Diskussion ausgelöst.

Was die Kommission noch diskutiert hat, war die Bedeutung des Begriffes «arbeitsfrei». Im Initiativtext ist das ja nicht genau geregelt. Es wird nur gesagt, dass der 1. August arbeitsrechtlich den Sonntagen gleichgestellt werden soll.

Der Bundesrat hat daraus die Schlussfolgerung gezogen – und sie war im Nationalrat unbestritten –, dass dieser Tag nicht kompensiert wird, falls er auf einen Sonntag fällt, dass er aber von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kompensiert werden kann, falls er in ihren Ferien auf einen anderen Wochentag als auf den Sonntag fällt.

Die Details wird die Ausführungsgesetzgebung regeln. Der Bundesrat hat bekanntgegeben, dass er sie nach Annahme der Volksinitiative vorlegen will, dass er aber dann dem Entwurf jener Nationalratskommission folgen will, welche die schon erwähnte gleichlautende parlamentarische Initiative von Nationalratskollege Ruf behandelt hat.

In der Kommission war allen klar, dass das Volk dieser Initiative zustimmen wird. Gegenwehr sei sinnlos, hat ein Kommissionsmitglied formuliert. Es geht also um einen vorausseilenden Gehorsam gegenüber dem Volkswillen, wie ihn die Kommission gesehen hat.

Die Kommission empfiehlt Ihnen aus diesen Gründen ohne Gegenstimme, aber bei einer absoluten Mehrheit von Enthaltungen, dem Beschlussentwurf zuzustimmen, also auch der Empfehlung an Volk und Stände zur Annahme der Initiative.

Als Schlussbemerkung und Fussnote: Der entsprechende Antrag eines Kommissionsmitgliedes auf Weglassung der Empfehlung, sozusagen als stille Reaktion der Kommission, als Manifestation von ein bisschen verbliebenem «Saft im Ranz», wurde nach gütlichem Zureden des Kommissionspräsidenten zurückgezogen, und es blieb bei der Empfehlung auf Zustimmung zur Initiative und Zustimmung zur bundesrätlichen Empfehlung.

M^{me} Dreifuss, conseillère fédérale: Je ne vais pas retenir longtemps votre attention; la cause semble entendue et votre commission a examiné très attentivement cette proposition; elle est arrivée aux mêmes conclusions que le Conseil fédéral.

Je voudrais simplement insister sur la réflexion qui a précédé le message du Conseil fédéral. Ce dernier vous invite à proposer au peuple et aux cantons – en leur soumettant l'initiative avec une recommandation positive – de prendre la décision. Dans ce sens-là, effectivement, le peuple et les cantons vont donner au Conseil fédéral la compétence nécessaire pour que cette fête nationale, qui, jusqu'à présent, est née et s'est consolidée dans les pratiques cantonales, puisse avoir la dimension nationale souhaitée. On considère quand même la situation actuelle comme quelque chose d'un peu étrange par rapport aux habitudes que l'on voit ailleurs et à la solennité que l'on aime à donner à des fêtes nationales dans d'autres pays européens.

Dans ce sens-là, je suis très heureuse que ce raisonnement sur la nécessité de cette base constitutionnelle et sur un avis favorable à l'initiative ait également été confirmé par votre commission.

*Eintreten ist obligatorisch
 L'entrée en matière est acquise de plein droit*

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Antrag der Kommission
 Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1, 2
Proposition de la commission
 Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

22 Stimmen

Dagegen

6 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

93.3029

**Motion des Nationalrates
(WBK-NR 92.051)****Bericht des Bundesrates –
falls Ablehnung des EWR****Motion du Conseil national
(Csec-CN 92.051)****Rapport du Conseil fédéral en cas
de refus du Traité EEE***Wortlaut der Motion vom 18. Dezember 1992*

Bei einer Ablehnung des EWR durch Volk und Stände unterbreitet der Bundesrat vor der Ratifizierung eines neuen Vertrags über die integrale Beteiligung der Schweiz an den EG-Forschungsprogrammen dem Parlament einen entsprechenden Bericht zur Kenntnisnahme.

Texte de la motion du 18 décembre 1992

En cas de refus du Traité sur l'EEE par le peuple et les cantons, le Conseil fédéral soumettra un rapport au Parlement, pour qu'il en prenne connaissance, avant la ratification d'un nouvel accord sur la participation intégrale de la Suisse aux programmes de recherche des Communautés européennes.

Herr **Onken** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Ständerates hat an ihrer Sitzung vom 4. Mai 1993 zu dieser Motion Stellung genommen.

Eingereicht wurde dieser Vorstoss von der nationalrätlichen WBK am 22. Oktober 1992 – also einige Wochen vor der entscheidenden Volksabstimmung vom 6. Dezember – im Rahmen der Behandlung der Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den EG-Forschungs- und Bildungsprogrammen der Europäischen Gemeinschaften 1993–1996 (92.051s).

Die Kommission hat bereits damals ein mögliches Nein zum EWR in ihre Betrachtungen einbezogen. Ziel auch des Bundesrates war es ja gerade, eine integrale Beteiligung der Schweiz an den EG-Forschungs- und Bildungsprogrammen unabhängig vom Abstimmungsresultat zu erreichen. Vorhersehbar war jedoch, dass für diesen Fall schwierige Verhandlungen unter völlig veränderten Bedingungen anstehen würden und die gleichberechtigte, volle Mitwirkung der Schweiz in Frage gestellt werden könnte. Angesichts der ungewissen Perspektive lag der Kommission daran sicherzustellen, dass die Räte über den Verlauf der Verhandlungen und ihre Rahmenbedingungen sowie über einen allenfalls neu ausgehandelten bilateralen Vertrag rechtzeitig und umfassend informiert werden.

Der Bundesrat erklärte sich am 30. November 1992 bereit, die Motion entgegenzunehmen. Bei ihrer Behandlung im Plenum, am 18. Dezember 1992, hatte sie ihren ursprünglich hypothetischen Charakter bereits eingebüsst.

2. Anlässlich der Sitzung der ständerätlichen Kommission wurden von seiten des Departementes der Wille des Bundesrates, diese Motion entgegenzunehmen und zu erfüllen, sowie sein klares Ziel, die Vollbeteiligung der Schweiz an den Forschungs- und Bildungsprogrammen der EG auf bilateralem Wege zu erreichen, noch einmal bekräftigt. Intensive Gesprä-

che und Verhandlungen sind im Gange. Die Aussicht besteht, dass die Frage der Beteiligung der Schweiz an der Forschungsministerkonferenz vom 30. Juni 1993 traktandiert wird.

Ein wesentlicher Beitrag können in dieser Hinsicht auch Kontakte zum Europäischen Parlament sein. Eine Delegation der WBK des Ständerates wird sich deshalb am 22. Juni mit Mitgliedern der Kommissionen für Energie, Forschung und Technologie sowie für Kultur, Jugend, Bildung und Medien zu einem Meinungsaustausch treffen und die Anliegen der Schweiz vertreten.

Nichtsdestoweniger bleibt die Grundforderung der Motion berechtigt und ist auch für unsere Räte von Bedeutung.

M. Onken présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

1. La Commission de la science, de l'éducation et de la culture (Csec) du Conseil des Etats a pris position sur cette motion le 4 mai 1993.

Cette intervention a été déposée par la Csec du Conseil national, le 22 octobre 1992 – soit quelques semaines avant la votation populaire décisive du 6 décembre –, dans le cadre du traitement du message relatif à la participation de la Suisse aux programmes de recherche et d'éducation des Communautés européennes pour la période de 1993 à 1996 (92.051é).

La commission avait, à l'époque déjà, inclus dans ses considérations l'éventualité d'un refus de l'EEE. Le Conseil fédéral avait d'ailleurs pour objectif une participation intégrale de la Suisse aux programmes de recherche et d'éducation de la CE, indépendamment du résultat de la votation. Dans un tel cas, l'imminence de négociations ardues soumises à des conditions entièrement nouvelles était cependant prévisible et une participation égale en droits et intégrale de la Suisse pouvait être mise en question. Considérant les incertitudes en perspective, la commission tenait à s'assurer que les conseils seraient informés en temps opportun et de manière exhaustive sur le cours et les conditions-cadres des négociations ainsi que sur l'éventualité d'un nouvel accord bilatéral.

Le 30 novembre 1992, le Conseil fédéral s'est déclaré disposé à accepter la motion. Traitée en plénum le 18 décembre 1992, elle avait déjà perdu son caractère hypothétique.

2. Lors de la séance de la commission du Conseil des Etats, le département a réaffirmé la volonté du Conseil fédéral d'accepter la motion et d'accéder aux requêtes qu'elle contient, ainsi que sa détermination d'avoir pour objectif clairement défini celui d'atteindre la participation intégrale de la Suisse aux programmes de recherche et d'éducation de la CE par la voie bilatérale. Des discussions et des négociations intenses sont en cours. Il est actuellement question d'inscrire à l'ordre du jour la participation de la Suisse à la conférence des ministres de la recherche, le 30 juin 1993.

Dans cette perspective, les contacts avec le Parlement européen sont de nature à apporter une contribution essentielle. C'est la raison pour laquelle une délégation de la Csec du Conseil des Etats rencontrera, pour un échange de vues ainsi que pour représenter la position de la Suisse, des membres des Commissions de l'énergie, de la recherche et de la technologie ainsi que de la culture, de la jeunesse, de l'éducation et des médias.

Il n'en est pas moins vrai que la teneur de la motion se justifie toujours et revêt une grande importance pour nos conseils.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig und ohne Enthaltungen, der Motion des Nationalrates zuzustimmen.

Proposition de la commission

La commission propose, à l'unanimité et sans abstention, d'approuver la motion du Conseil national.

Ueberwiesen – Transmis

Arbeitsfreier Bundesfeiertag (1.-August-Initiative). Volksinitiative

Jour de la fête nationale férié (initiative du 1er août). Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.06.1993 - 18:15
Date	
Data	
Seite	310-311
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 016

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.